

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatl. 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Feix Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adtestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Ursachen der Wirtschaftskrise

Was geschieht für die Arbeitslosen

von Robert Dismann

F. K. Das industrielle Europa macht eine beispiellos schwere Krise durch. Altermärkte sind die Weisen der Industrie, der Finanz, Landwirtschaft und der Politikanten zumutet dabei, die schlimme Sache zu bereuen, Heilmittel zu prüfen und Betrachtungen über den Zeitpunkt des Wandels zum Besseren anzustellen. Mit solchem Bereuen, Prüfen und Betrachten ist schon eine geraume Zeit verstrichen worden, ohne daß etwas gegen das Übel getan worden wäre. Und es sieht geradezu aus, als ob es auch noch weiterhin beim Nichtstun bleibe. Die Aussicht zum Übergang vom Schwach zur Tat ist deswegen so verteuert gering, weil es der Weisheit letzter Schluß einer jeden Gruppe von Wirtschaftsmedizinern ist, daß ausgerechnet die eigne Gruppe an dem Übel unschuldig sei und insulgedessen die andern mit Opfern und Taten vorangehen müßten. Bei dieser Pharisäerei und Drückerberei vergehen unzahlbare Wochen, Monate und Vierteljahre, das schlimme Übel wird noch schlimmer, die Geschäftstätigkeit verallgemeinert sich, die Zahl der stillgelegten Betriebe und die Scharen von Arbeitslosen nehmen erschreckend zu, das Elend wächst, noch mehr Hunderttausende werden vom Hunger, von der Verzwweiflung erfaßt.

Diesmal wurde zuerst das Mutterland der Industrie, England, von der Dauerkrise heimgesucht. Seit Jahren pendelt die Zahl seiner eingeschriebenen Arbeitslosen zwischen zwölf und fünfzehn Hunderttausend, von den nicht eingeschriebenen Beschäftigungslosen und Kurzarbeitern gar nicht zu reden. Nun ist Deutschland das gleiche Schicksal beschieden. In kurzen Wochen hat das deutsche Arbeitslosenheer den Umfang des englischen erreicht, ja es sprechen alle Zeichen dafür, daß es bald noch viel umfangreicher sein wird, wenn es nicht schon der Fall sein sollte. Auch die andern Industriestaaten werden den Elendsuren Deutschlands und Englands, wenn auch in einigem Abstand, folgen. Nur Frankreich, Belgien und Italien scheinen Ausnahmen von der schlimmen Regel zu bilden. Allein, dies ist eben nur Schein. Bei ihnen wird der Ausbruch des Übels vorderhand noch mit der Kampfprärie der Inflation hintangehalten. Aber wir Deutschen wissen sehr wohl, wie kurzlebig die Scheinblüte der Inflation ist und wie schwer sie die Wirtschaft zu hühen hat. Besonders Frankreich scheint hart am Ende der Gelbblähung oder am Anfang des finanziellen Bankrotts zu sein. Daraus deutet seine immerwährende Regierungskrise hin, die von der Steuer- und der Finanzseite her den Anstoß erhält. Sobald die Inflationstaaten zur Goldwährung zurückkehren, werden auch ihre wirtschaftlichen Gebrechen unverhüllt zutage treten und es wird sich zeigen, daß auch sie das Schicksal Deutschlands, Englands und der andern Staaten zu erdulden haben. Denn diese Staaten sind nur die ersten Leidtragenden der großen Wirtschaftskrise, jenes Übels, das in sehr hohem Grade eine Folge des Weltkrieges, der namenlosen Verwüstung von Menschen und Gut und wirtschaftlicher Untermunft ist. Und alle Völker, die am Weltkrieg teilnahmen, werden den Wahnsinn, wenn auch in unterschiedlicher Maße, wirtschaftlich zu hühen haben. Dies läßt sich leicht und überzeugend nachweisen.

Ein sehr wesentlicher Teil der jetzigen Wirtschaftskrise ist, wie oben gesagt, eine Folge des Weltkrieges. Während die europäischen Industriestaaten ihre Größe und Kraft auf die gegenseitige Abwägung richteten und insulgedessen ihre Kunden im Ausland nicht mehr versorgen konnten, bauten sich diese, um nicht mehr von den mordstoll gewordenen europäischen Lieferanten abzuhängen, eigne Werke aller Art. Da damals das Geld keine Rolle spielte und die Erfahrung der europäischen Industrie ohne weiteres genutzt werden konnte, wurden diese Produktionsstätten übergroß gemacht und technisch aufs Beste eingerichtet. Die riesigen Warenmengen, die einst die amerikanischen Staaten als auch Asien, Australien und Afrika von Europa bezogen, erzeugen die Bezahler nun größtenteils selbst. Die erste ausfalligste Folge dieses Wandels war der Rückgang des europäischen Welthandels, die Außerdienststellung von unzähligen Schiffen und Seeleuten, dann von Werften und Schiffbauern. Als Folge in allen Hafenorten Europas seit Jahren eine erschreckende Arbeitslosigkeit, die durch staatliche Gelbhilfe und andere Mittel ganz vergeblich zu mildern versucht wurde. Rückgang der Schiffahrt bedeutet auch Rückgang des Kohlenverbrauchs. Dieser Rückgang wird noch stark gefördert durch den Übergang zur Ölheizung und durch eine steigende Ausnutzung der Wasserkräfte zu motorischen, technischen und Heizungen. Die Wirkung ist ein Empormachen der Kohlenberge auf den europäischen Zechen. Ein Fünftel der einstigen Kohlenförderung ist überflüssig. Zehntausende von Bergleuten sind arbeitslos.

Wie schon gesagt, wurden die Fabriken, die die früheren Kunden der europäischen Industrie während des Krieges gebaut, gleich sehr umfangreich gemacht und technisch ganz neuzeitlich eingerichtet. Die Fabriken erzeugen nicht nur viel mehr, als sie auf dem eignen Markt absetzen können, sondern sie erzeugen es auch recht billig. Um den Warenüberschuß loszuwerden, grafen sie ihre Nachbarländer nach Kunden ab und verdrängen da den weniger möhsteilen europäischen Kaufmann, ja sie erscheinen gar schon auf dem europäischen Markt, um hier ihren einstigen Lieferanten und Lehrmeistern das Geschäft freitig zu machen.

Der gefährlichste Wettbewerber der europäischen Industrie Staaten ist Nordamerika. Die fabelhafte Ergiebigkeit seiner Produktionskraft wird noch viel zu leicht genommen. Obwohl es nur ein Sechstel der Erdbevölkerung birgt, fördert es von einer langen Reihe von wichtigen Rohstoffen und fertigen Waren von fünf bis neun Zehntel der gesamten Weltzeugung. Und dies jedoch auf erzeugungsfähige Land erstreckt im Golde. In einem fort fließt ein dicker Strom Gold und Geldeswert von Europa nach den Vereinigten Staaten. Die sogenannten Sieger des

Weltkrieges wie die Besiegten zahlen Ortel **Sam Ihre Kriegsschulden** und die Zinsen für die staatlichen und privaten Anleihen zurück. Das werden noch die Kinder und Kindeskinder des heutigen europäischen Geschlechtes zu tun haben. So verliert die ohnedem schwache und des Blutzufusses sehr bedürftige Wirtschaft Europas Jahr für Jahr unzählige Millionen an Gold und wirtschaftlichen Werten, die der ohnedem sehr kapitalkräftige und leistungsfähige Wettbewerber zur Erweiterung seiner Industrie und zur Eroberung des Weltmarktes verwendet. Die nordamerikanische Warenausfuhr ist im letzten Jahre beträchtlich gestiegen. Doch ist diese Zunahme nur eine Kleinigkeit neben dem, was für die kommende Zeit in Aussicht steht. Bislang wurde das alljährliche Mehr an Waren bis auf einen Bruchteil im eigenen Lande untergebracht dank der guten Löhne und der dadurch starken Kaufkraft der breiten Masse. Wie die amerikanischen Statistiken zeigt, steigt die Ergiebigkeit der amerikanischen Industriearbeit ziemlich viel schneller als der Lohn, als die Kaufkraft der Masse, wodurch der Warenberg immer größer wird, der im Lande nicht abgesetzt werden kann, sondern im Auslande, in den Absatzgebieten der europäischen Industrie an den Kunden gebracht werden muß. Und daß der amerikanische Wettbewerber dank seiner reichen Rohstoffquellen, einer sehr rationellen Erzeugung und einer durch hohe Löhne produktionskräftiger und arbeitstüchtiger gehaltenen Arbeiterkraft sehr billig erzeugen kann, so braucht es nicht viel Weisheit, um herauszufinden, wer in dem Wettlauf um die Kunden Sieger bleiben wird. Das sollten alle die nicht unbedacht lassen, die die jetzige Krise als eine bald vorübergehende Erscheinung anzusehen geneigt sind.

Die gegenwärtige Krise wird allgemein als **Abwärtskrise** bezeichnet. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Alle Krisen, die uns seit einem Jahrhundert in ziemlich regelmäßigen Zeitabschnitten befiel, entsprangen in der Hauptsache der Schwierigkeit des Absatzes. Aber die früheren Absatzschwierigkeiten waren doch ihrer Ursache nach, anderer Art als die jetzige. Früher herrschte der Mangel, weil die Käufer ihren Bedarf nicht deckten, die Verbraucher mit Waren gesättigt waren. Heute sind starke Kaufkraft überfordert; kaum jemals waren die Menschen vermögen zahlreich, die nach Nahrungsmitteln, Kleidung, Haushaltsgegenständen, Wohnhäusern usw. rufen. Sie können aber ihren so dringlichen Bedarf nicht befriedigen, weil es ihnen an Geld fehlt oder weil die Waren zu teuer sind. Würde die bedürftige Menschheit nur einigermaßen mit dem versehen, was sie für ihres Leibes Nahrung und Notdurft bedarf, alle Warenlager wären wie ausgebläht und die Fabriken erstickten in Aufträgen. Es ist somit im Grunde nicht ein Zuviel an Waren, was die Krise verursacht, wohl aber ein Zuwenig an kaufkräftigen Kunden, kurz die Taschenleere, die Armut der breiten Masse — oder ein zu hoher Preis im Verhältnis zum Einkommen der Verbraucher, oder beides zugleich.

Wenn nun, wie ziemlich allgemein anerkannt wird, vornehmlich der Mangel an kaufkräftigen Kunden, die Armut der Verbrauchermasse mit dem zu hohen Preis die Ursache der Wirtschaftskrise ist, so sollte man meinen, daß damit der Weg zur Besserung aller Welt klar sei. Insbesondere sollte man meinen, daß jene Kreise, die in erster Linie zur Beseitigung der Not berufen sind, nämlich die sogenannten Wirtschaftsführer mit den Regierungen, den klar erkannten Weg beträten, entschlossen daran gingen, die zweifache Ursache der Krise zu beseitigen, das heißt, die Kaufkraft der Masse zu stärken und die Preise zu senken. Allein, wie kann der Mensch sich tragen! Nicht den allgemein als richtig erkannten, den offensichtlich zum Erfolg führenden Weg schlagen unsere genialen Wirtschaftsführer und ihre amtlichen Agenten ein, sondern ausgerechnet den entgegengesetzten. Diese Loren wollen die Not, die der Taschenleere der breiten Masse entspringt, vor allem damit beseitigen, daß sie die Taschenleere der breiten Masse, der Arbeiterkassen, noch verschärzen, indem sie die Löhne zu kürzen und ihr noch mehr Steuern und höhere Preise aufzuhallen trachten. Und diese Loren von Unternehmern und Politikanten speien Pech und Schwefel auf die Gewerkschaften, weil diese das Betreten des einzig richtigen Weges zur Beseitigung der Not, nämlich die Stärkung der Kaufkraft der Masse durch Erhöhung der Löhne und die Unterbindung der Preissteigerung durch Röhle, Kartelle, als auch die Verbilligung der Waren durch Rationalisierung der Erzeugung und der Wirtschaft fordern.

Die Gewerkschaften haben es nicht beim Reden bewenden lassen, sondern ihr möglichstes zur Milderung der Abwärtskrise getan, indem sie nachhafte Erhöhungen der Löhne und der Unterstützung der Arbeitslosen durchsetzten und den Preisabbau förderten. Anstatt die Gewerkschaften zu bekämpfen, müßten sie eigentlich von den Unternehmern und Härdlern liebevoll gefördert werden. Denn wenn die Gewerkschaften nicht für die Aufbesserung des Einkommens der beschäftigten wie erwerbslosen Arbeiterkassen eingetreten wären, die Krise wäre noch viel verheerender, und noch viel mehr Unternehmer und Kaufleute hätten die Hufe schließen müssen. Daß das Unternehmertum das wirtschaftlich und sozial überaus wohlthätige Werk der Gewerkschaftsbewegung nicht anerkennt, wird niemand von ihm erwarten, der es einigermaßen kennt. Es wird sich in keiner Verböhrtheit gegen die organisierte Arbeiterkassen weiterhin betätigen und durch Lohnföhrung und Preissteigerung zur Verschlimmerung der Krise beitragen, der Not, an deren Entstehen es ein vollgültiges Maß von Schuld hat. Dabei wird es bleiben, bis die Arbeiterkassen stark genug ist, das Unternehmertum mit seinen politischen Agenten völlig auszuschalten.

Die Wirtschaftskrise Deutschlands verschärft sich immer mehr. Mit jeder Woche steigt die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Dabei geben die halbmonatlich veröffentlichten Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger staatlicher Erwerbslosenföhrung nur ein unvollkommenes Bild vom wirklichen Grade der Arbeitslosigkeit. Ist doch bekannt, daß die einschränkenden Bestimmungen der Reichsverordnung einen sehr erheblichen Teil der Arbeitslosen vom Bezug der Erwerbslosenunterstützung ausschließen. In welchem Grade das geschieht, zeigt die Tatsache, daß Ende Oktober 1925 auf je 100 Krankenaffenmitglieder 2,5 Hauptunterstützungsempfänger staatlicher Erwerbslosenunterstützung entfielen, während die Arbeitergewerkschaften zur gleichen Zeit im Durchschnitt 5,8 (am 28. November bereits 10,7) arbeitsloser Mitglieder zählten, das heißt einen 2,3fach so hohen Prozentsatz wie staatlicher Unterstützungsempfänger. Zur gleichen Zeit betrug die Zahl der von den Arbeitergewerkschaften festgestellten Kurzarbeiter 12,4 (am 28. November 16,0). Seitdem haben sich diese Zahlen gewaltig erhöht. Im November 1925 stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 363 019 auf 669 130. Das ist eine Zunahme von 82 vH in einem Monat. Bis zum 15. Dezember stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger auf 1 057 031. Das bedeutet ein Mehr von 57 vH in zwei Wochen. Noch liegen die amtlichen Zahlen vom ganzen Dezember nicht vor; doch alle Teilberichte zeigen auch in der zweiten Monatshälfte ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosenzahl. Dasselbe trifft für die Kurzarbeiter zu.

Was ist geschehen, um der zunehmenden Not der von harter Krise betroffenen Millionen zu steuern? Nach dem Wiedereintritt des Reichstages in der zweiten Novemberhälfte wurden die von verschiedenen Parteien eingereichten Anträge zur Erwerbslosenföhrung dem sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Ausschuß zur sofortigen Behandlung überwiesen. Bei Behandlung der Anträge, an deren Beratung ich in beiden Ausschüssen mitwirkte, haben wir folgende Forderungen in den Vordergrund gestellt:

1. **Ausreichende Gesehung der Erwerbslosenunterstützung**, die der gegenwärtigen Notlage der Arbeitslosen entspricht.
2. **Beseitigung der Bestimmungen der Erwerbslosenföhrung**, die bisher einen Bezug von Unterstützung wesentlich einschränken oder ausschließen (Karenzzeit, Wegzugsdauer, Anrechnung der Verdienste anderer Familienmitglieder, sogenannte „Nebeverdienste“ und Unterstützungen).
3. **Einmalige Unterstützung** an die seit Monaten Ausgeföhrten und solche Arbeitslose, die lange Monate arbeitslos, jedoch bisher keine Unterstützung erhalten haben.
4. **Wiedereinföhrung einer Unterstützung für Kurzarbeiter.**
5. **Umfassende Durchführung produktiver Erwerbslosenföhrung**, Volkswirtschaftlicher, Arbeitsbeschaffung durch Reich, Einzelstaaten und Kommunen.

Was wurde bisher erreicht? Der sozialpolitische (9.) Ausschuß des Reichstages hatte zunächst über die von 1 bis 4 gestellten Anträge zu beraten. Er beschloß mit Mehrheit, die Unterstützungssätze für Hauptunterstützungsempfänger um 30 vH zu erhöhen unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge, die mehr stellten. Den seit sechs Monaten Ausgeföhrten gewährte dieser Ausschuß eine einmalige Beihilfe von 100 M zuzüglich 25 M für Familienangehörige und den über sechs Monate arbeitslosen Angestellten, die wegen Überschreitung der Krankenversicherungsgrenze seither keine Unterstützung bezogen, eine einmalige Beihilfe von 150 M und 25 M für Familienangehörige.

Diesen Beschlüssen zu entsprechen, lehnte jedoch die zurzeit die Geschäfte föhrende Regierung scharf ab. Höchstwahrscheinlich verstandten sich hinter Dr. Luther & Cie. auch bürgerliche Parteien. Es folgten Verhandlungen zwischen Regierung und Parteienvertretern, Zurückweisung an den 9. Ausschuß und nochmalige Beschlussfassung in zweiter Lesung. Doch die Mehrheit des Ausschusses blieb bei ihren vorher genannten Beschlüssen, obwohl das Zentrum als freiwilliger Regierungskommissar seine in erster Lesung gestellten und angenommenen Anträge verschlechterte und sie der Regierungseinstellung anpaßte. Nun wurden die Beschlüsse des 9. Ausschusses vor den Haushaltsausschuß geschleppt. Dort erlangten die Verschlechterungsvorschläge der Regierung eine Mehrheit und ebenso am 12. Dezember im Plenum des Reichstages. Nach diesen Beschlüssen wurden die Beträge ab Mitte Dezember 1925 aufgeföhrert für Hauptunterstützungsempfänger um 20 vH, Familienzuschläge um 10 vH und im Höchstbetrag der Gesamtbetrag um 10 vH. Das bedeutet beispielsweise im Wirtschaftsgeld 2. Ortsklasse A (Berlin u. a. Orte) für:

	Wöchenlich	15. Dez.	1. Jan.
Erwachsene Ledige	8,10 M	9,72 M	11,70 M
Verheiratete mit 2 Kindern	15,30 M	17,70 M	21,90 M
Höchstunterstützung (für Verheiratete mit 4 Kindern und mehr)	19,50 M	21,60 M	26,10 M

Eine Beratung der unter 2 genannten Forderungen vorzunehmen, lehnte die Mehrheit des 9. Ausschusses vor Wahnachten ab, so bringend eine Besserung der einschränkenden Bestimmungen zur Erwerbslosenföhrung auch ist. Der vom sozialpolitischen Ausschuß beschlossenen einmaligen Beihilfe von 100 bezim. 150 M hat die Reichsregierung ebenfalls nicht entprochen und sich damit begnügt, für diesen Zweck den Betrag von fünf Millionen Mark an die Wohlfahrtsämter zu überweisen. Diese „Röhle“ Summe wird über das ganze Reich verteilt. Die Beratung der Kurzarbeiterunterstützung wurde zunächst einem Unterausschuß überwiesen. Dort kam es weder zu einer Verständigung noch zu einem Mehrheitsbeschlusse. Im 9. Ausschuß haben wir uns dann erneut der Kurzarbeiter angenommen. Das Zentrum hatte folgenden Antrag gestellt:

Nr. 294. Andre. Der Ausschuss wolle beschließen, folgende Entschließung anzunehmen: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich die Erwerbslosenfürsorgestellen anzuweisen, daß Kurzarbeiter, die in einer Woche weniger als die Erwerbslosenunterstützung verdienen und deswegen ihre Arbeitsstelle freiwillig aufgeben, sofort Erwerbslosenunterstützung in voller Höhe erhalten, wenn im übrigen die Voraussetzungen dazu erfüllt sind.

Dieser arbeitertreu und schillernde Antrag des Zentrums gab also den Kurzarbeitern, die nicht mehr soviel verdienen, wie sie bei völliger Arbeitslosigkeit an Erwerbslosenunterstützung erhalten würden, den klugen Rat, ihre Arbeitsstelle freiwillig aufzugeben, um Erwerbslosenunterstützung beziehen zu können. Ein solcher Antrag wurde gestützt angelehnt der Tatsache, daß bereits Millionen Arbeitslose auf der Straße liegen, ohne jede Aussicht, in absehbarer Zeit wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Und da zweifellos niemand an der wahren Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums...

Selbstverständlich haben wir diesen Antrag scharf zurückgewiesen und die zwingende Notwendigkeit einer zentralen Einführung der Kurzarbeiterunterstützung nachdrücklich begründet. Daß sich dem auch die Vertreter bürgerlicher Parteien nicht ganz entziehen konnten, geht daraus hervor, daß nach unseren Darlegungen unter Zurückziehung des erwähnten Zentrumsantrags ein von drei bürgerlichen Parteien unterzeichneter Antrag eingereicht wurde, der den Kurzarbeitern, deren Verdienst unter dem Unterstutzungsbetrag bleibt, den sie bei völliger Arbeitslosigkeit erhalten würden, eine Kurzarbeiterunterstützung in der Höhe gewährt, daß der ihnen verbleibende Arbeitsverdienst und die Unterstützung zusammen die Höhe der ihnen bei völliger Arbeitslosigkeit zukommenden Unterstützung erreicht. Dieser Antrag ist natürlich vollständig unzureichend und bedarf einer wesentlichen Verbesserung. Immerhin aber erkennt er doch eine Kurzarbeiterunterstützung in bestimmten Fällen an. Doch man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Vormittags wurde dieser Antrag vom Zentrum, der Bayerischen und Deutschen Volkspartei gestellt, am Abend beschlossen jedoch die gleichen Partevertreter gemeinsam mit den übrigen bürgerlichen Parteien, eine Beschlußfassung über die Kurzarbeiterunterstützung bis nach Neujahr 1926 zu vertagen. Derweil können die Kurzarbeiter weiter hungern. Fürwahr wadere Volkvertreter!

Die unter 4 genannten Fragen überwies der volkswirtschaftliche Ausschuss der Unterausschüsse für produktive Erwerbslosenfürsorge. Dort haben wir mit Vertretern der für Arbeitsaufträge in Frage kommenden Reichsanstalten eingehend beraten, inwieweit über die im laufenden Etat vorgesehenen Arbeiten hinaus weitere Aufträge vergeben werden können. Für Arbeitsaufträge haben nicht nur die Reichsanstalten zu sorgen, sondern auch die Einzelstaaten, Provinz- und Kreisbehörden und die Gemeinden. Außerdem wurde mit den zuständigen Ressorts der Reichsregierung und der bayerischen Ministerien verhandelt über eine umfassende Snaugriffnahme von wirtschaftlichen Notstandsarbeiten für die Wintermonate. deren Notwendigkeit haben wir nicht nur begründet, sondern zu diesem Zweck auch eine Reihe konkreter Vorschläge gemacht.

Von gewiß nicht untergeordneter Bedeutung ist bei allen die Erwerbslosen berührenden Fragen die Ausbringung der Mittel. Bei ihrer Erörterung ist jedoch zunächst festzuhalten, daß die Gelder für die Erwerbslosenunterstützung seit der Anfang 1924 herausgegebenen Reichsverordnung durch Zeitläufe aufgebracht wurden, die zu einem erheblichen Teil den Arbeitern vom Lohn oder Gehalt abgezogen werden. Dieser Beitrag beträgt zuletzt im Reichsdurchschnitt 1,5 vH und wird zu nächst auf 3 vH des Grundlohnes erhöht, bevor Reich und Einzelstaaten aus ihren Mitteln Beiträge leisten. Ist aber infolge der Krise die Not so groß, daß Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter ihr wackelndes Leben nicht mehr fristen können, und reichen zu ihrer Unterstützung auch 3 vH des Grundlohnes nicht mehr aus — wir bestürmen diese den Arbeitern zwangsläufig auferlegten Beiträge nicht, sondern stellen hier nur fest, was zurzeit ist —, dann ist es natürlich an der Zeit, daß auch Mittel von Reich und Einzelstaaten flüssig gemacht werden. Staat und Gesellschaft sind verpflichtet, für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie zu sorgen, und sie können sich nicht davon drücken mit dem Hinweis, daß Reich und Staat „für diesen Zweck keine Mittel zur Verfügung haben“. Handelt es sich in den verschiedenen Jahren um „notleidende“ Unternehmer in und außerhalb des besetzten Gebietes oder um die Agrarier und ihre Angehörigen, dann war noch iets Geld da. Jetzt ragen Millionen unserer Arbeiter und Volksgenossen am Hungertuche. Sollen sie nun Unterstützung zuteil werden. Die dazu notwendigen Mittel können und müssen aufgebracht werden. Dafür werden wir uns auch in den kommenden Wochen und Monaten mit allen Kräften einsetzen. Wir fühlen uns darin eins mit der gesamten Arbeiterklasse. Die Arbeiter unterstützen uns in diesem Kampfe am besten, wenn sie dafür sorgen, daß jeder Unorganisierte seiner Gewerkschaft beitrete und in dieser Mitarbeit für sich selbst und seine Klasse.

Was der Metallarbeiter von der Wärme wissen muß

Von Dr. Wolff-Heidenreich (Köln)

II.

Die Wärme hat nicht nur die Fähigkeit, die Körper mehr oder weniger auszudehnen, sondern sie verändert auch den Aggregatzustand der Körper. Wir unterscheiden drei solcher Aggregatzustände, nämlich den festen, den flüssigen und den gasförmigen. In einer dieser drei Zuständeformen befindet sich jeder Körper. Ein Stein oder ein Stück Eis hat den festen, Wasser oder Öl den flüssigen und die Luft, das Gasgas, der Wasserdampf usw. den gasförmigen Aggregatzustand. Von vielen Körpern wissen wir schon aus dem täglichen Leben, daß sie in allen drei Zuständen vorkommen können. Ein Stück Eis befindet sich im festen Aggregatzustand, friert es ihm jedoch Wärme zu, so verwandelt es sich in Wasser, nimmt also den flüssigen Aggregatzustand an, und friert es auch dem Wasser noch weitere Wärme zu, bis es schließlich in Dampf geht, so verwandelt es sich in Dampf, nimmt hierauf den gasförmigen Zustand an. Aus diesem letzten Beispiel sehen wir, daß der Aggregatzustand eines Körpers immer von der Menge der in ihm vorhandenen Wärme abhängig ist bzw. daß sich der Aggregatzustand der Körper mit der Zuführung von Wärme ändert. Hiermit versteht die ganze Wissenschaft, nämlich das Schmelzen der Metalle, wozu letztere durch Zuführung von Wärme aus dem festen in den flüssigen Aggregatzustand übergehen. Das Übergang aus dem festen in den flüssigen Aggregatzustand nennen wir das Schmelzen.

Die verschiedenen Stoffe, insbesondere auch die verschiedenen Metalle, brauchen auch sehr verschiedene Mengen von Wärme, um aus dem festen in den flüssigen Aggregatzustand überzugehen, also zu schmelzen. Die Temperatur, bei der ein Stoff aus dem festen in den flüssigen Zustand übergeht, heißt die Schmelztemperatur des Stoffes. Für den

Die deutschen Werftarbeiterlöhne die niedrigsten

Eine englische Untersuchung

Als vor dreieinhalb Jahren eine englische Reederei fünf Motorschiffe einer Hamburger Werft in Auftrag gab, setzte eine lebhaft öffentliche Erörterung des Falles ein. Die auftraggebende Reederei wurde mit Anfragen beunruhigt. Sie gab an, das niedrigste englische Preisangebot für die Motorschiffe sei noch um 100 000 Pfund höher als das der Hamburger Werft gestanden, diese habe abend und am zwei bis vier Monate eher liefern können, als der heimische Schiffbau. Um den Auftrag der englischen Industrie zugute kommen zu lassen, habe sie, die Reederei, den englischen Werften vorgeschlagen, mit ihrem Preis soweit herunterzugehen, daß sie je Schiff nur 10 000 Pfund über der deutschen Preisforderung zu stehen kämen, die Mehrausgabe von 50 000 Pfund wolle die Reederei um der heimischen Industrie willen auf sich nehmen. Woraus die Werften erwiderten, ihre Preise seien schon demnach niedrig genug, daß sie dem Verlangen der Reederei unmöglich nachkommen könnten.

Was ermöglichte der Hamburger Werft, so billig zu liefern? Gestattete ihr das die Staatsunterstützung, die Willigkeit der Rohstoffe oder der Löhne? Um hierauf eine stichhaltige Antwort zu bekommen, wurde von den beteiligten Gewerkschaften und den Werftbesitzern ein gemeinsamer Ausschuss eingesetzt. Er sollte die Ursachen der geringeren Leistungsfähigkeit des englischen Schiffbaues erforschen und auch herausfinden, wie ihm seine einst hohe Stellung wieder verschafft werden könne. Das Ergebnis dieser Untersuchung wird, teilweise wenigstens, von der amtlichen Labour Gazette veröffentlicht. Danach kam der Ausschuss überein, die Aufmerksamkeit des englischen Arbeitsministers auf die Tatsache zu lenken, daß in Deutschland, obgleich hier laut amtlicher Berechnung die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden betrage, dennoch durch Abereinkommen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitern 54 Stunden wöchentlich gearbeitet werde und es im holländischen Schiffbau ähnlich stehe. Der Ausschuss habe nicht die Absicht, die Arbeitszeit im britischen Schiffbau zu verlängern, aber er müsse den Arbeitministers jagen, ob er irgendwelche Schritte tun könne, um die Einhaltung der kürzeren Arbeitswoche auf den Werften der anderen Länder zu fördern, da ein internationales Wettrennen mit den Arbeitsstunden den allgemeinen Stand der proletarischen Lebenshaltung ernstlich gefährde. Nachdem der Bericht auf die längere Arbeitszeit der Schiffswerften auf dem Kontinent hingewiesen hat, vergleicht er die Löhne englischer Werften mit denen der deutschen und holländischen. Das Ergebnis des Vergleichs zeigt die folgende Aufstellung:

Deutschland (Hamburg)	Wochentlohn	35,88	37,35	32,99	35,08	28,08	30,25
	54 Stunden						
	Stundenlohn	0,67	0,71	0,62	0,64	0,52	0,57
Holland (Rotterdam)	Wochentlohn	44,50		38,75		33,—	
	47 Stunden						
England (Lyne)	Wochentlohn	55,50		41,50		38,50	
	47 Stunden						
	Stundenlohn	1,27		0,99		0,83	

Dieser Vergleich beweist, daß die deutschen Werftarbeiter erheblich schlechter bezahlt sind, als die englischen und auch die holländischen. In Deutschland bekommen die gelernten Leute wöchentlich 18 bis 20, die angelernten 6 bis 9, die ungelerten 5 bis 10 M weniger für 54 Stunden als die englischen für 47 Stunden. Will man den Lohnunterschied in Hundertteilen ausdrücken, so kann man sagen: Im britischen Schiffbau ist gegenüber dem Hamburger der Lohn höher für: Gelernte Leute 49—60 vH 47—58 vH Angelernte 38—45 „ 18—26 „ Ungelernte 45—58 „ 27—37 „

Die Hamburger Werftarbeiter aber setzen, so erklärt der Bericht weiter, nicht nur bei den Stundenlöhnen und der Arbeitszeit ungünstiger gestellt als ihre britischen Kollegen, sondern auch in der Bezahlung der Überstunden und hinsichtlich der Stillarbeit. In Deutschland regelt sich laut Abkommen zwischen den Werftbesitzern und den Gewerkschaften die Überzeitarbeit nach dem Bedürfnis des Betriebes und es würden für die ersten beiden Überstunden nur 20 vH, für die anderen 40 vH Zuschlag gewährt. Außerdem sei in Deutschland die Stillarbeit fast allgemein und in Stilllöhnen dürfte auf keinen Fall mehr als 15 bis 20 vH über den Zeitlohn hinaus verdient werden. Auf die erheblich schlechtere Bezahlung und die längere Arbeitszeit in den kontinentalen Ländern führt der Untersuchungsausschuss die geringere Wettbewerbsfähigkeit des englischen Schiffbaues bis zu einem gewissen Grade zurück.

Sam endgültigen Reichswirtschaftsrat

Durch die Verfassung ist uns, den Arbeitern und Angestellten, die volle Gleichberechtigung mit Staat zugesichert. Die Einrichtung der Reichswirtschaftsräte war der erste Schritt zur Einwirkung im Wirtschaftsleben. Anspannen sollten die Reichswirtschaftsräte ja auch und das Ganze vom Reichswirtschaftsrat geleitet werden. Es liegt nun endlich ein Entwurf zur Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates vor.

Aber alles, was von der Arbeiterklasse verlangt wird, muß von den Unternehmern bekräftigt werden. Einige Äußerungen seien hier mitgeteilt. In der D. A. Ztg. vom 5. Dezember tritt Dr. Otto Hugo, M. d. R. und Expeditors der Industrie- und Handelskammer Bochum, auf. In einer längeren Betrachtung kommt er zu dem Schluß, daß der Reichswirtschaftsrat keine für unter wirtschaftliches und politisches Leben notwendige und zweckmäßige Organisation darstellt. Die Reichswirtschaftliche Industrie- und Handelskammer Duisburg-Besel beschäftigt sich in einer Resolution ebenfalls mit diesem Gegenstand. Die Kammer kam nach einem Bericht des Syndikus und Oberbürgermeisters Dr. Kossel einstimmig (1) zu der Auffassung, „eine Steigerung der Qualität in den Leistungen des Reichswirtschaftsrates sei für die Zukunft nicht zu erwarten, solange nicht eine grundsätzliche

Sicherheitsmaßnahme ist natürlich die Kenntnis der Schmelztemperaturen der Metalle von größter Wichtigkeit, da das Schmelzverfahren, die Höhe der Temperatur im Schmelzofen, dessen Einrichtung, auch Art und Menge der benötigten Brennstoffe, die die Schmelzwärme liefern sollen, sich nach der Schmelztemperatur eines jeden Metalles richten müssen und bei jedem Metall anders sind.

Die Schmelztemperaturen der Metalle sind daher durch zuträchtige Verträge genau ermittelt. Bei gewöhnlicher Temperatur sind fast alle Metalle fest. Eine einzige Ausnahme macht das Quecksilber, das bei gewöhnlicher Temperatur flüssig ist und erst bei einer Temperatur von —40 Grad Celsius in den festen Aggregatzustand übergeht. Dann haben wir noch einige Metalle, die schon bei verhältnismäßig niedriger Temperatur, noch unter der Temperatur des kochenden Wassers, schmelzen, wie das Kalium (bei 63,5 Grad) und das Natrium (bei 96 Grad); diese beiden Metalle schmelzen also bereits, wenn man sie nur in kochendem Wasser legt. Bei den übrigen Metallen aber ist das Schmelzen nicht so leicht und einfach, liegt die Schmelztemperatur immer Hunderte von Graden über der Temperatur des kochenden Wassers. Nachstehend ist die Schmelztemperatur für eine Anzahl der wichtigsten Metalle angegeben. Sie beträgt für:

Quecksilber	— 40 Grad	Silber	950 Grad
Zinn	232 „	Gold	1063 „
Kalium	63,5 „	Kupfer	1085 „
Natrium	96 „	Nickel	1400—1600 „
Zink	235 „	Zinkblei	1100—1275 „
Bismut	275 „	Stahl	1300—1400 „
Aluminium	315 „	Schmelzblei	1500—1600 „
Magnesium	334 „	Reines Eisen	1600—1800 „
Eisen	420 „	Natrium	1800 „
Aluminium	700 „	Zinn	2400 „
Platin	1770 „		

Die Schmelztemperatur eines Metalles liegt gewöhnlich um so höher, je reiner es ist. Durch Zufüge von anderen Metallen kann die Schmelztemperatur sehr leicht und ist sehr wesentlich erniedrigt werden. Daher haben die Legierungen, die Mischungen verschiedener

Umgestaltung erfolge. Sie verpflichtet sich von der Schaffung eines endgültigen Reichswirtschaftsrates für die Gesamtwirtschaftsinteressen keine wesentliche Förderung.

Auch die Essener Ortsgruppe der „Wela“ (Vereinigung der lebenden Angestellten) nahm zu dem Entwurf Stellung. Die Wela zählt in ganz Deutschland vielleicht einige tausend Mitglieder. Und was meinen die? Der Gesellschaft sei eine große Gefahr für das Allgemeinwohl. Der Ausschluß der Wela von den Verhandlungen des Reichswirtschaftsministeriums mit einigen Organisationen stelle einen unverantwortlichen Bruch der von der Regierung zu wachenden Neutralität dar. Zum Schluß sind die Delegierten der Meinung, daß ohne ihre Mitarbeit im Reichswirtschaftsrat keine erfolgreiche Arbeit geleistet werden könne.

So klingt es allerwegen im kapitalistischen Wäldchen. Ein sonderbarer Widerspruch, wenn man auf der einen Seite immer und immer wieder lesen muß, daß die deutsche Arbeiterschaft (natürlich einschließlich der Angestellten und Beamten) nur unzulässige Forderungen stelle und nirgendwo ernsthaft an Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mitarbeiten wolle. Und hier? Wir sollten jedenfalls daraus erkennen, daß die deutschen Unternehmer nicht wollen, ja, daß sie diese Mitarbeit fürchten! Sie wollen uns nicht mitarbeiten lassen, wir sollen keinen Einfluß in die wirtschaftlichen Verhältnisse gewinnen, wir dürfen nicht mitarbeiten, denn sonst könnten wir uns ja eines Tages einarbeiten und dann wären sie, die Herren der Wirtschaft, überflüssig.

Die Schwerindustrie fordert Staatshilfe

Seit der Umwandlung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat hat es keine Unternehmerschicht so vorzüglich verstanden, sich die staatliche Macht dienstbar zu machen, als die Schwerindustrie. Ihr Wort hat in den Stuben der Ministerien immer viel gegolten, ein Umstand, der keineswegs nach der Revolution aufgehört hatte. Da es der Eisenindustrie nicht zum besten geht und sie unter einer starken Überlegung zu leiden hat, liegt nach Meinung der Industrie-mächtigen nichts näher, als den Staat vor ihren Karren zu spannen. Und so fand sich denn der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller kürzlich in Berlin zusammen, um mit aller Deutlichkeit eine Staatshilfe zu verlangen. Die Selbsthilfe der Konzerne und Einzelwerke reicht nicht aus, das Valutadumping — wie waren diese Herren gegen solche Vorwürfe geist, als Jahre hindurch dieser Vorwurf gegen die deutsche Industrie erhoben wurde — ausländischer Industrien abzuwehren. Hier sollen staatliche Abwehrmittel, wie Dumpingzölle usw., in Kraft gesetzt werden. Weiter müsse eine sofortige staatliche Hilfe billige Kreditgewährung, stärkere Sicherung des Innenmarktes, Notstandsarbeit der Reichsbahn, subventionierte Steuerentlastung usw. einfließen. Unterlasse die Reichsregierung solche Maßnahmen, dann sei ein weiteres Zerbrechen der Wirtschaft, Arbeiterentlassungen usw. zu erwarten.

Klappern gehört zum Handwerk, das gilt besonders hier. Die Herren wissen die Reichsregierung zu finden, wenn sie Unterstützung verlangen. Unseres Erachtens gibt es zurzeit andere Vorkommen im deutschen Vaterlande als die Schwerindustrie, wobei wir besonders an die Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter denken, die rüchellos auf die Straße geworfen wurden. Doch gilt es noch auf einen Widerspruch aufmerksam zu machen: Woher soll eigentlich das Reich die Mittel zur Unterstützung der Industrie nehmen, wenn auf der anderen Seite weitgehende Steuernachlässe verlangt werden? Etwas aus den Mitteln, die die Lohnsteuer erbringt?

Streikessengesellschaft. Die Verhandlungen zur Bildung des deutschen Eisenraths, wovon im dem Zeitungsbericht der Nr. 46 der RZ ausführlich gesprochen wurde, sind noch zu keinem Ergebnis gelangt. Die Forderungen liegen einerseits im dem Kampf um die Quote, denn jede Röhrgesellschaft verlangt für sich einen möglichst hohen Teil, andererseits an den zu hohen Steuern, die die Fusion erfordert. Man macht deshalb den Versuch, die Regierung zur Ermäßigung der Steuern zu bewegen.

Der kostspielige Krieg.

Der Weltkrieg hat einen Aufwand im Werte von 186 533 637 007 Dollar gekostet. Das Resultat war: 12 000 000 Leichen, die Krüppel und Siechen ungezählt. Somit kostete es 15 566,25 Dollar, einen Menschen umzubringen.

Die Armeen würden, wenn sie produktiv tätig gewesen wären, einen Güterwert im Betrage von 151 646 942 560 Dollar in der Zeit hergestellt haben, die sie an der Front oder dahinter zugebracht. Auf Befehl von einem Duzend Diplomaten — kein Volk irgendwo wurde gefragt — würden 337 000 000 000 Dollar ausgegeben, um irgend Somanes nationale Ehre zu retten. Eine recht kostspielige Geschichte diese nationale Ehre. Die Menschen, die sich höchstwahrscheinlich für das „Erbbild Gottes“ halten, das Ermorden von 12 Millionen anderer Eisenbilder verteidigen können und jeden einen „verlorenen Belegling“ nennen, der sich nicht erschließen, erkaufen oder mit Geld löten lassen will, das ist eine Sache, die den Irrenarzt angeht.

Am Sachverstand gerichte so der Krieg insgesamt für 400 Milliarden Dollar = 1600 Milliarden Mark. Mit diesem Geld könnte man jeder Familie in Deutschland, Österreich, Rußland, Belgien, Frankreich, England, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Kanada und Australien ein Haus bauen im Werte von 10 000 Goldmark mit einer Einrichtung im Werte von 4000 Goldmark und einem Garten im Werte von 2000 Goldmark.

Es blieb noch eine riesen Summe übrig und konnte jede Stadt von über 20 000 Einwohnern in den genannten Ländern je eine Bibliothek im eigenen Gebäude, Kranken-, Pflege- und Altersheim samt Einrichtung, höhere Lehranstalten usw. errichtet werden und die Menschenmenge wäre noch nicht erschöpft.

Durch den Krieg wurden in Frankreich zerstört: 741 833 Häuser, 23 000 Industriebetriebe, 37 Millionen Hektar Rand, 90 vH der Eisenproduktion, 33 vH der Kohlenproduktion, 94 vH der Zelluloseproduktion, 70 vH der Juterproduktion.

(Aus dem Wochenblatt Das andere Deutschland.)

Metalle darstellen, durchweg eine niedrigere Schmelztemperatur als die Metalle, aus denen sie bestehen. So nämlich eine Legierung von 3 Teilen Blei, 15 Teilen Zinn, 4 Teilen Zinn und 3 Teilen Antimon schon bei 60 Grad, also noch unter der Temperatur des kochenden Wassers; eine Legierung von 3 Teilen Blei und 5 Teilen Zinn schmilzt bei 188 Grad. Von großer Wichtigkeit ist das Verhalten des Eisens nach dieser Hinsicht. Ganz reines Eisen hat bei einer Schmelztemperatur von 1800 Grad den höchsten Schmelzpunkt von allen Eisensorten; je mehr das Eisen jedoch mit anderen Stoffen vermischt ist, um so niedriger wird der Schmelzpunkt. So hat Schmelzeisen, das einen geringen Gehalt an Kohlenstoff besitzt, bei einem Schmelzpunkt von 1600 Grad bereits eine um etwa 200 Grad niedrigere Schmelztemperatur als reines Eisen. Noch niedriger ist die Schmelztemperatur, nämlich etwa 1400 Grad, bei dem bereits mehr Kohlenstoff enthaltenden Stahl, während Gußeisen, das den größten Kohlenstoffgehalt (bis zu 6 vH) besitzt, mit 1100 bis 1200 Grad die niedrigste Schmelztemperatur von allen Eisensorten aufweist. Notwendiges Eisen hat eine Temperatur von etwa 600 bis 800 Grad, darüber hinaus wird es weichflüssig, bis es endlich bei einer Temperatur von etwa 1200 Grad in den weißglühenden flüssigen Zustand gerät. Ebenso wie das kochende Wasser durch weitere Zuführung von Wärme in den gasförmigen Zustand übergeführt werden kann, so auch die Metalle. Wenn ich dem geschmolzenen Eisen noch so viel Wärme zuführe, daß sich keine Temperatur um etwa weitere 1000 Grad erhebt, so geht es ebenfalls in den gasförmigen Zustand über, es verdampft. Auf diese Weise sind alle Metalle und ionisierbaren Stoffe sowohl in den flüssigen als auch den gasförmigen Zustand überzuführen, wenn man allerdings auch gewaltige Temperaturerhöhungen (bis zu 4000 bis 6000 Grad), wie sie etwa in dem Plasmabogen einer Bogenschweißung herrschen, nötig sind. Einige wenige Stoffe haben bisher allerdings der Vergasung widerstanden, was aber lediglich darin seinen Grund hat, daß wir für diese Stoffe noch nicht die notwendigen hohen Dämpfer erzeugen konnten. In der Sonne jedoch, auf der eine Temperatur von mehreren Zehntausenden von Graden herrschen mag, befinden sich alle Stoffe in glühend-flüssigem oder glühend-gasförmigen Zustand.

Abbau der Sozialgesetzgebung?

Vor einiger Zeit hat der Generaldirektor Gräßner in einer Sitzung des Deutschen Zunderstichverbands einen Vortrag gehalten über die Notwendigkeit des Umbaus der Arbeitsgesetzgebung. Dabei hat er den Satz geprägt:

Auch die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften müssen bei ihrer Verantwortung für die deutsche Wirtschaft den Mut aufbringen, die Arbeiterchaft einmal die Wahrheit zu erklären und ihr zu sagen, daß die Arbeitsgesetzgebung der Nachkriegszeit für die Arbeiterchaft von Schaden ist, wie der sorgende Vater dem verhärteten Kinde das Zunderzeug wegnimmt, an dem es sich den Magen verbirbt. Der Vater darf sich vor dem Geschrei und Gehül, das dann anhört, eben nicht fürchten, weil er mit Erfüllung seiner Pflicht dem unverständigen Kinde ja nur Gutes erweist.

Wenn man solche volkswirtschaftliche Kurzsichtigkeit nicht schon länger kennen würde, müßte man sich wundern über die Gedankenengänge des Herrn Gräßner. Bei diesen Leuten gibt es theoretisch und praktisch nur 5 Hater Ökonomie, das heißt auf ihr wirtschaftliches Denken und Handeln ist lediglich bestimmend durch Feststellungen, die man bei der Bewirtschaftung der von den Menschen geschaffenen oder gebrauchten Güter tatsächlich oder vermeintlich macht. Ihre Wirtschaftswissenschaft ist reine Güterwirtschaftslehre. Sie untersuchen den Charakter der Warenproduktion, die Gesetze des Warenaustausches, die Funktionen des Geldes, seine Umwandlung in Kapital, die Gesetze der Preisbildung; sie fragen, was Tausch- und Mehrwert sei, studieren das Lohnproblem, indes auch dieses nur in seiner Bedeutung für die Warenwirtschaft; aber niemals finden sie eine andere Einstellung den Wirtschaftsproblemen gegenüber als die Güterwirtschaftliche.

Sie wollen nicht erkennen, daß die Wissenschaft von der Menschenökonomie zugleich die eigentliche Volkswirtschaft bedeutet, das heißt die Wirtschaft am Volke. Diese Wissenschaft stellt die werteschaffende Kraft des Menschen als das wichtigste Produktionsmittel in Rechnung.

Gesetzgeberisch findet die Menschenökonomie ihren Ausdruck in der Sozialgesetzgebung. Die Sozialgesetzgebung ist zu scheiden in vorbeugende Schutzgesetzgebung und Versicherungs-gesetzgebung.

Hauptzweck der vorbeugenden Schutzgesetzgebung (Gewerbeordnung, Kinderschutzgesetz, Hausarbeitgesetz, Teile vom Bürgerlichen Gesetzbuch, vom Handelsgesetzbuch, Arbeitszeitvorchriften usw.) ist die Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft. Die vorbeugende Schutzgesetzgebung bezweckt rationelle (vernünftige) Ausnutzung der arbeitenden Menschen, Anwendung der Grundgesetze, die jedem Kaufmann für sein totes Inventar als selbstverständlich gelten, auf das „lebende Inventar“, den Menschen. Sie will die Verzinsung des Kapitals, das die Arbeitskraft eines Volkes darstellt, erhöhen. Sie entlastet die Träger der Reichsversicherung sowie der Armen- und Wohlfahrtsbehörden und damit die an der Reichsversicherung beteiligten Unternehmer und Arbeiter.

Sehr wichtig ist aber auch der andere Teil der Sozialgesetzgebung, die Versicherungs-gesetzgebung (Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung). Sie greift betamlich ein nach eingetretener Gesundheitschädigung.

Sorbbarerweise werden von den Kassandrarufen gegen die Arbeitsgesetzgebung nur die Beitragssummen gesehen, die die Wirtschaft belasten, niemals aber findet der volkswirtschaftliche und staatspolitische Nutzen dieser Einrichtung genügende Beachtung. Lassen wir deshalb einige Zahlen sprechen, die mehr als viele Worte sagen:

Nach den Ausführungen des Ministerialdirektors Grisejer auf dem deutschen Krankentage in München (am 5. Juli 1925) waren im Jahre 1924 in Deutschland 10 Millionen Krankheitsfälle, die mit Arbeitsunfähigkeit verbunden waren, zu verzeichnen. Die Krankentage entfielen für 200 Millionen Krankentage Krankengeld zu zahlen. Der Betrag des bezahlten Krankengeldes dürfte mit 600 Millionen Mark nicht zu hoch geschätzt sein.

Dann die Unfallversicherung. Im Jahre 1922 wurden in Deutschland über 600 000 Betriebsunfälle angemeldet, also je Tag rund 2000 Unfälle. Im Jahre 1923 betrug die Zahl der tödlichen Unfälle 8479 — je Tag 23 — die Zahl der dauernd Erwerbsunfähigen 31 555, je Tag 105. Im Jahre 1923 wurde an 791 517 Personen Unfallentschädigung gezahlt und im Jahre 1924 beliefen sich die Unfallrenten auf 123 Millionen Mark. Dabei ist das Krankengeld nicht berücksichtigt, das etwa in derselben Höhe wie die Unfallrenten zu bewerten ist. Invaliden- und Altersrentner gab es nach einer vor kurzem erfolgten Ausstellung im Jahre 1924 in Deutschland 2 054 501, an die der Betrag von 335 651 000 M ausgezahlt wurde.

Der Gesundheitszustand der Angestellten gibt ebenfalls zu ernstlichen Bedenken Anlaß. Nach dem Bericht des Direktors

toriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ist die Zahl der Ruhegeldempfänger im Berichtsjahre 1924 von 9840 auf 24 656 gestiegen, die der Witwen- und Witwenrentner hat sich von 17 981 auf 21 344 und die der Waisenrentenberechtigten von 17 535 auf 19 197 erhöht. Heilversicherungsanträge wurden 40 063 gestellt gegen 32 498 im vorhergehenden Jahre. Eine weitere gewaltige Steigerung erfahren diese Zahlen im ersten Halbjahre 1925.

Die Beträge, die in der Sozialversicherung ausbezahlt wurden, waren, in ihrer Gesamtheit betrachtet, immerhin erheblich. Sie belaufen sich nach den obigen Darlegungen auf rund 1180 Millionen Mark. Diese Beträge waren nahezu ausschließlich von den Arbeitern und Unternehmern aufzubringen. Dabei sind die Ausgaben der Angestelltenversicherung unberücksichtigt, ebenfalls die Verwaltungs- und sonstigen Aufwendungen der übrigen Versicherungsträger.

Der Verwaltungsdirektor Rhein errechnet in der Volkswirtschaftlichen Zeitschrift für die gesamte Sozialversicherung die Gesamtbeiträge für Kranken-, Invaliden-, Angestellten- und Unfallversicherung im Jahre 1924 auf 1290 Millionen Mark, wovon 720 Millionen Mark auf Arbeiter und 570 Millionen Mark auf Unternehmer entfallen. Im Jahre 1914 betrug die Gesamtbeiträge 1102 Millionen Mark, wovon 564 Millionen Mark auf Arbeiter und 538 Millionen Mark auf Unternehmer trafen. Das bedeutet bei den Versicherten eine Steigerung um 27,5 vH, bei den Unternehmern nur um 6,5 vH. Bei den letzteren macht also diese Steigerung noch nicht den vierten Teil der Steigerung der Großhandelspreise gegenüber der Vorkriegszeit aus.

Wie wir sehen, bleiben die Gesamtaufgaben in unserem Sozialbudget weit hinter den Zahlenphantastereien zurück, die man in Deutschriften, Zeitungen, Reden der Unternehmer ab und zu vorgelegt bekommt. Besonders die Arbeiter und Angestellten haben naturgemäß den Wunsch, möglichst selten die Sozialversicherung zu beanspruchen, denn, und das wird vielfach übersehen, sie sind es ja, die neben der größeren finanziellen Belastung allein die Opfer an Gesundheit und die Blutopfer bringen.

Einsichtige Wirtschaftsführer wissen auch, daß mit der Volksgesundheit und Arbeitskraft besonders nach dem Weltkrieg nicht unnötig gewirtschaftet werden darf. Der Weltkrieg hat Deutschland 1 1/2 Millionen Tote und Millionen Vermundete gekostet, lauter Männer in der besten Schaffenskraft. Unter den Vermundeten viele Hunderttausende dauernd Erwerbsunfähige, das heißt Menschen, die zu volkswirtschaftlich wertvollster Arbeit nicht mehr verwendet werden können, die im Gegenteil — das ist natürlich kein Vorwurf für die Kriegsopter — die Volkswirtschaft stark belasten.

Ober der Stand der Tuberkulose. Im Jahre 1914 starben an dieser Krankheit in Deutschland 41 563 Personen, im Jahre 1918 dagegen 90 000. Dr. Dürrer weist in der Zeitschrift für Standesbeamte darauf hin, daß wir in Deutschland eine Million Tuberkulose haben. Neuere Schätzungen gehen noch um ein Vielfaches über diese an sich schon fürchterliche Zahl hinaus. Dabei wurden aus finanziellen Gründen in Deutschland im Jahre 1923 36 Heilstätten mit 3500 Betten, 2 Kinderheilstätten mit 1000 Betten und 5 Genesungs- und Versorgungsheime mit 500 Betten geschlossen.

Vor ein paar Tagen konnte man am Rundfunkapparat hören, daß zurzeit in einem Berliner Krankenhaus 250 Kinder im Alter von 1 bis 4 Jahren untergebracht sind, die an Syphilis leiden.

Abbau der Arbeitsgesetzgebung hieße das schadhafte Gebäude unserer Volkswirtschaft vollends zerfallen, Ausbaunotwendige neue Fundamente. Die Beratungen über das neue Arbeitsschutzgesetz müßten in diesem Sinne geführt werden. Geschieht dies nicht, so muß sich jedem ernsthaften Sozialpolitiker und Volkswirtschaftler die Frage aufdrängen: Wie soll das enden?

Internationaler Zusammenschluß. Die St. Louise Arbeiter-Zeitung berichtet: Der Vorstand der United Brotherhood of Carpenters and Joiners of America (Verband der Zimmerer und Tischler) hat auf Grund eines vom Kongress der Organisation im September 1924 gefassten Beschlusses den Vorsitzenden Hutchison ermächtigt, den Anschluß an die Internationale Union der Holzarbeiter am 1. Januar 1926 zu vollziehen. Schon vor dem Kriege, besonders seit dem Jahre 1920 hat die Internationale Anstrengungen gemacht, dem amerikanischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verband, der eine der größten Organisationen Amerikas ist und 350 000 Mitglieder zählt, zum Anschluß zu bewegen. Für die Internationale Union der Holzarbeiter bedeutet dieser Anschluß sowohl moralisch als zahlenmäßig eine beträchtliche Stärkung ihres Einflusses. Vielleicht wird der Beitritt der amerikanischen Holzarbeiter zu ihrem Internationalen Berufssekretariat nicht wenig zur Schaffung festerer Bande zwischen dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund und dem IGB beitragen.

und haben damit einen anschaulichen Maßstab, um den Brennwert dieser Stoffe zu bestimmen oder auch um den Verbrauch an Wärme bei irgend einem Arbeitsprozeß anzugeben. Ein Brennstoff ist naturgemäß um so wertvoller, je mehr Wärme, das heißt je mehr Kalorien er je Kilogramm seines Gewichtes bei der Verbrennung einwirft. Die „Verbrennungswärme“, das heißt die von einem Brennstoff je Kilogramm seines Gewichtes bei der Verbrennung in reinem Sauerstoff entwickelte Wärmemenge, ist daher schon sehr oft der Gegenstand genauerer Untersuchungen gewesen und ist für die meisten Brennstoffe sehr genau festgesetzt. Die Verbrennungswärme der besten Steinföhle ist beispielsweise 8000 Kalorien, das heißt ein Kilogramm dieser Steinföhle ergibt bei der Verbrennung eine Wärmemenge von 8000 Kalorien, also eine Wärmemenge, die nach dem Segelgen ausreichen würde, um 100 Liter Wasser von 0 Grad auf 80 Grad oder 1000 Liter Wasser von 0 Grad auf 8 Grad oder 8000 Liter um 1 Grad, 2000 Liter um 4 Grad, 400 Liter um 20 Grad usw. zu erwärmen. Nachstehend ist für die wichtigsten Brennstoffe die Verbrennungswärme angegeben. Es beträgt die

Lufttrockenes Holz	2000 Kal.	Alkohol	7188 Kal.
Lufttrockenes Torf	3600 „	Holzfohle	7500 „
Trockenes Holz	3750 „	Anthrazit	8000 „
Trockenes Torf	5000 „	Wagere Steinföhle . . .	8100 „
Braunfohle	6400 „	Bituminöse Steinföhle . . .	8300 „
Strohfohle	6500 „	Reinen Kohlenstoff	8080 „
Spiritius	6600 „	Stett	9000 „
Rohs	7100 „	Benzin	11000 „

In der Reihe der angeführten Brennstoffe besitzt also Benzin die größte Verbrennungswärme, das heißt 1 Kilogramm Benzin einwirft bei der Verbrennung mehr Wärme als 1 Kilogramm eines der anderen angeführten Stoffe. Daraus ergibt sich jedoch durchaus nicht, daß Benzin nun auch für alle Verbrennungszwecke, für welche Wärme benötigt wird, etwa zum Schmelzen von Eisen oder zum Betrieb von Kraftmaschinen, der am billigsten arbeitende Brennstoff

Gewalt und Lüge

Unmittelbar nach der Ermordung des italienischen Sozialisten Matteotti erschien es nicht ausgeschlossen, daß das von Mussolini in Italien errichtete Blutregime seinem Ende entgegengehe. Dieser Mordmord und die Aufdeckung der von den Rädern bis unmittelbar zu dem „Duce“ leitenden Spuren hatte die faschistische Regierung in aller Welt derart der Verachtung ausgelegt, daß ihre Autorität im In- und Ausland bis in die Grundfesten erschütterte wurde. Aber Mussolini ist nicht der Mann, der vor der öffentlichen Meinung kapituliert und die Spitze ohne weiteres ins Korn wirft. Drei Umstände kamen ihm hierbei zu Hilfe: die bewaffneten Schwarzhemden, das Fehlen einer organisierten Massenopposition und die rasche Vergesslichkeit. Die beiden ersten sicherten den Faschismus vor dem unmittelbaren Zusammenbruch und die notorische Vergeßlichkeit gab ihm die Möglichkeit, sich innerlich wieder zu festigen. So kam es, daß alle Proteste, die die Ermordung Matteottis ausgelöst hatte, wuchtlos verpufften und daß heute Mussolini wieder im Vollbesitze der Macht ist.

Aber Mussolini weiß, daß er diese auf die Dauer nur behaupten kann, wenn er auch die letzten Möglichkeiten zur Bildung einer organisierten, sich auf die Arbeiter stützenden Opposition beseitigt und diesem Zweck dient vornehmlich der inzwischen zum Gesetz erhobene Entwurf, der die freien Gewerkschaften all ihrer Rechte beraubt und den faschistischen Organisationen das ausschließliche Monopol zur Vertretung der Arbeiterchaft einräumt. Auch diese Maßnahme genügt Mussolini indes noch nicht.

Sein Ideal, Italien zu einem rein schichtlichen Staat zu machen, konnte nur verwirklicht werden, wenn es gelang, jede wie immer geartete Kritik am Faschismus zu unterbinden. Schon lange mochte sich Mussolini mit dieser Absicht getragen haben; aber er brauchte hierzu einen Vorwand, der einem solchen Schritt wenigstens äußerlich einen Schein von Berechtigung gab und diesen Vorwand fand der Führer der Schwarzhemden in dem angeblichen Attentat, das ein früherer Sozialist, der im Kriege mehrfach ausgezeichnete Alpintenhauptmann Zaniboni, am 4. November gegen seine eigene Person geplant haben soll.

Welche genaue Bewandnis es mit diesem Attentatsplan hat, ist bisher nicht aufgeklärt worden. Kenner der östlichen Verhältnisse erklären, daß die Wahl des Zimmerers, von dem aus das Attentat hätte erfolgen sollen, die Ausführung gar nicht gestattete. Außerdem stellte sich heraus, daß das Gewehr, das nach der ursprünglichen Darstellung in Zanibonis Zimmer entdeckt worden sein soll, im Gepäckraum des Bahnhofs in Rom aufgefunden wurde. Besonders verdächtig ist der Umstand, daß der als Witterchmörder verhaftete Sekretär Zaniboni, ein gewisser Duaglia, 24 Stunden hernach wieder in Freiheit gesetzt und ihm ermöglicht wurde, nach Spanien zu verreisen. Alle diese Umstände deuten also darauf hin, daß es sich um ein von Mussolini gegen sich selbst jaorigen Attentat handelte mit dem Ziele, die öffentliche Meinung gegen seine Widerjäger künstlich zu entristen und jene gemährte Atmosphäre zu schaffen, in der Mussolini zur endgültigen Ausführung des langgehegten Plans der vollständigen Vernichtung der Opposition übergehen konnte. Kaum war die erste Nachricht von dem Attentatsversuch in die Welt gegangen und sofort Hagelle es Verbote. Die sozialistischen Parteien wurden verboten, ihre Zeitschriften unterdrückt oder darf nur Nachrichten veröffentlichen, zu denen vorher die Prefektur die Erlaubnis erteilt hat. Gleichzeitig ging die Regierung auch gegen die bürgerliche oppositionelle Presse vor und machte ihr das Erscheinen unmöglich oder verdrängte, wie im Falle der „Stampa“ und des „Corriere della Sera“, die bisher leitenden Herausgeber aus ihrer Stellung. Gleichzeitig setzten im ganzen Lande planmäßige Verfolgungen gegen alle Antifaschisten ein. Minderungen und Zerstückelungen von Gewerkschaftsbüros, Arbeitskammern usw. erfolgten in einem blutigen Italien nicht gekannten Ausmaß. Der Betrag, der den Gewerkschaftseinrichtungen hierbei gestohlen wurde, beläuft sich auf mehr als zehn Millionen Lire.

So ist das Ideal, das Mussolini schon vor seinem Marsch auf Rom vorgeschwebt hat, der „rein faschistische Staat“, heute verwirklicht. Gewalt und Lüge haben dieses Werk zustande gebracht, wie denn auch Gewalt und Lüge die Grundlage der faschistischen Regierungskunst bilden.

Gewerkschaften in England. Die amtliche Labour Gazette macht über die Entwicklung der englischen Gewerkschaften folgende Mitteilungen: Ende 1924 gab es in Großbritannien und Nordirland 1555 Gewerkschaften mit 5 531 143 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1923 5 410 174. Im Vergleiche waren 113 Gewerkschaften mit 966 231 Mitgliedern vorhanden, gegenüber 921 446 Ende 1923.

Amerika, du hast es besser. In seinem 5. Jahresbericht beschäftigt sich der Arbeitsminister der Vereinigten Staaten, James S. Davis, mit der wirtschaftlichen Lage seines Landes. Er sieht den amerikanischen Wirtschaftshimmel voller Sonnenschein. So schreibt er in dem Bericht (laut dem Washingtoner Gewerkschaftsblatt Labor, unter anderem:

Millionen Menschen, die vor vier Jahren noch beschäftigungslos waren, sind wieder in nützlichem Erwerb tätig. Gewicht ist der Viehindustrie jetzt in einem gestiegenen Zustand. Aber neben dieser Übergruppe ist eine Masse von 41 Millionen Personen produktiv beschäftigt, was ein Beweis dafür ist, daß die Wirtschaft Amerikas blüht. Mehr und mehr Kinder werden aus der Reihe der industriell Beschäftigten genommen und in Schulen gebracht, um sie geistig und körperlich zu bilden, worauf sie ein Recht haben. Ein Teilweise für das Wohleregehen der amerikanischen Arbeiterchaft ist zu sehen in der Zunahme der Sparkasseneinlagen um 2 1/2 Milliarden Dollar in den letzten vier Jahren. Achtzehn Millionen Automobile sind bei uns im Gebrauch, die meisten gehören Arbeitern. Die 44 1/2 Milliarden Dollar Lebensversicherungsbeträge, die unser Volk 1921 besaß, sind auf 64 Milliarden gestiegen. Es werden mehr und bessere Heimstätten gebaut, und davon gehören heute mehr als je Arbeitern. Unser Volk erweist sich eines Wohlergehens, das weit über das hinausgeht, was irgendetwas anderes Volk zu irgendeiner Zeit gekannt hat. . . .

Von der Art des Wärmezustandes beim der Temperatur eines Körpers ist aber die Menge der in ihm vorhandenen Wärme sehr wohl zu unterscheiden. Ich kann sowohl das Wasser eines großen wie eines kleinen Gefäßes auf 100 Grad erwärmen, doch brauche ich im ersten Falle mehr Wärme als im zweiten. Die erzielte Temperatur, das heißt die Art des Wärmezustandes, ist in beiden Fällen dieselbe; jedoch sind die beiden Gefäße zuführten bezw. die in beiden Gefäßen enthaltenen Wärmemengen sehr verschieden. Ebenso kann ich mit einer bestimmten Wärmemenge sehr verschiedene Temperaturen erzielen, wenn ich sie Körpern von verschiedenem Gewicht zuführe. Eine Wärmemenge beispielsweise, die ausreichen würde, um 20 Liter Wasser von 0 auf 60 Grad zu erwärmen, würde, wenn sie zur Erwärmung einer Menge von 40 Litern verwendet wird, diese nur auf 30 Grad zu erwärmen vermögen. In beiden Fällen habe ich dem Wasser die gleiche Menge Wärme zugeführt, der Wärmezustand aber ist in beiden Fällen sehr verschieden geworden. Es ist aber für die Technik nicht nur nötig, einen Maßstab zur Bestimmung des Wärmezustandes, wie wir ihn im Thermometer besitzen, zu haben, sondern auch ein Maß für die Vermessung und Messung von Wärmemengen. Ein solches gibt es ebenfalls, wenn auch nicht in so greifbarer Form wie das Thermometer.

Wenn ich 1 Liter = 1 Kilogramm Wasser um einen Temperaturgrad erwärme, beispielsweise seine Temperatur von 1 Grad auf 2 Grad oder von 15 Grad auf 16 Grad erhöhen will, so muß ich dieser Menge Wasser eine ganz bestimmte und für einen solchen Fall immer gleichbleibende Menge Wärme zuführen. Diese genau bestimmte und immer gleich groß bleibende Menge Wärme, die notwendig ist, um 1 Kilogramm Wasser um einen Grad zu erwärmen, heißt eine Wärmeinheit oder Kalorie und dient als Maßstab für die Bestimmung von Wärmemengen überhaupt. Um also einen Liter Wasser von 0 Grad auf 100 Grad zu erwärmen, bedarf ich einer Wärmemenge von 100 Kalorien oder einer Menge Brennmaterial, das bei keiner Verbrennung 100 Kalorien an das Wasser abgibt.

Da die Kalorie also die Einheit der Wärmemenge darstellt, so können wir die bei der Verbrennung unserer Brennstoffe (Holz, Öl, Kohle usw.) sich entwickelnden Wärmemengen in Kalorien ausdrücken

wäre, vielmehr kommen hier noch verschiedene andere Umstände in Betracht, insbesondere der Preis des Brennstoffes sowie auch seine Ausnutzung. Ein Kilogramm Steinföhle einwirft bei der Verbrennung nur eine Wärmemenge von etwa 8000 Kalorien, ein Kilogramm Benzin eine solche von 11 000 Kalorien. Dennoch ist die durch Verbrennung von Steinföhle erzeugte Wärme wesentlich billiger als die durch Verbrennung von Benzin erzeugte, weil ein Kilogramm Steinföhle nur etwa 1 bis 1 1/4 €, ein Kilogramm Benzin hingegen etwa 25 € kostet. Die aus der Verbrennung des Benzins erzeugte Kalorie stellt sich also, wie eine einfache Rechnung ergibt, etwa 15mal teurer als die aus der Verbrennung von Steinföhle erzeugte. Die Steinföhle ist der wirtschaftlich vorzuziehendste Brennstoff, das heißt der, der die Wärme, berechnet nach den Kosten je Kalorie, am billigsten liefert; sie wird daher noch immer weitaus am meisten für alle Arbeitszwecke, bei denen Wärme benötigt wird, sowohl zum Betrieb unserer Kraftmaschinen wie auch zum Schmelzen, Heizen, Kochen usw. verwendet, sogar weit mehr als alle anderen Brennstoffe zusammengeschlossen. Nur für bestimmte technische Zwecke, für welche sich die Kohle nicht eignet, verwenden wir andere Brennstoffe. Benzin beispielsweise für den Betrieb der Automobile, und für bestimmte Zwecke der Metallgießerei wird jetzt auch Dieseluerung zum Schmelzen von Metallen angewendet.

Die Verbrennung besteht darin, daß sich der Brennstoff mit Sauerstoff verbindet. Der Sauerstoff ist ein Gas, das in der atmosphärischen Luft enthalten ist und etwa 20 vH derselben beträgt. Ohne Sauerstoff kann keine Verbrennung stattfinden und demgemäß auch keine Wärmeentwicklung aus Brennstoffen erfolgen. In einem luftleeren oder auch nur wesentlich luftverdünnten Raum kann niemals eine Verbrennung stattfinden, weil hier mit der Luft auch der zur Verbrennung nötige Sauerstoff fehlt. Daher sind wir darauf bedacht, dem Feuerherd oder Schmelzherd möglichst viel Luft und damit zugleich möglichst viel Sauerstoff zuzuführen, was durch das Gebläse, die Püge und den Schornstein geschieht, damit die Verbrennung eine möglichst lebhaft ist und durch die reichliche Zuführung von sauerstoffhaltiger Luft ein möglichst hohe Temperatur des Feuers erzielt wird.

Eingeschriebene Briefe dürfen nicht verweigert werden

In weltlichen Kreisen der Arbeiterschaft ist der Glaube vorhanden, daß man sich durch die Annahmeverweigerung eines eingeschriebenen Briefes vom Unternehmer bei Streit und Ausperrungen vor einer Kündigung des Arbeitsverhältnisses schützen könnte. Daß dem nicht so ist, bestatigt kürzlich die arbeitsgerichtliche Kammer des Schlichtungsausschusses Rostock. Die Belegschaft der Firma Gebr. Sch. in E. trat am 8. Juli 1925 wegen Lohnstreit in Streit. Am 22. Juli erhielt der Betriebsratsvorsitzende E. einen eingeschriebenen Brief, in dem die Annahme seiner Frau in seiner Abwesenheit verweigert. Dieser Brief der Firma enthielt die fristlose Kündigung mit der Begründung, daß E. außerhalb der Arbeitszeit Arbeiten gegen Entlohnung ausgeführt habe. Die Firma hatte nun, um den unliebhabenden Betriebsratsvorsitzenden los zu werden, irgend einen Grund herausgesucht und hatte hiermit vorläufig Erfolg, da, wie oben gesagt, dieser Brief nicht angenommen wurde. Als nach Beendigung des Streits am 20. August E. nicht wieder eingestellt wurde, erhob er sofort Einspruch beim Arbeiterrat und schließlich bei der arbeitsgerichtlichen Kammer des Schlichtungsausschusses. Die Firma bestritt hier, daß die Fristen aus § 84 BGB gewahrt wären, da der Einspruch beim Arbeiterrat nicht binnen der vorgeschriebenen Frist von 5 Tagen nach erfolgter Kündigung am 22. Juli erhoben worden sei. Die Kammer hatte deshalb im Vorwege erst über diese Frage zu entscheiden, ob überhaupt in die Sache selbst einzutreten, und fällt folgendes Urteil:

In der Klagefrage des Betriebsratsvorsitzenden E. in E. gegen die Firma Gebr. Sch. in E. wegen fristloser Entlassung ist in der Verhandlung nach verhandelter Sache das nachstehende Urteil verkündet worden:

Die erhobene Klage wird als unzulässig abgewiesen. Die 3 A. betragenden Kosten fallen dem Kläger zur Last. Vor Rechts wegen. Rostock, den 4. September 1925. Der Vorsitzende: Senator.

E. u. d. e. Kläger hat Klage erhoben mit dem Antrage, die am 20. August 1925 ausgesprochene fristlose Kündigung auf Grund der §§ 84 Abs. 2, 98 Abs. 2 BGB für ungerechtfertigt zu erklären. Beklagte hat beantragt, die Klage abzuweisen. Sie hat in erster Linie geltend gemacht, Kläger sei nicht am 20. August, sondern bereits am 22. Juli d. S. fristlos gekündigt worden. An diesem Tage sei ihm die Kündigung einhaltend eingeschriebener Brief vom 21. Juli d. S. durch die Post zugeestellt worden, er habe aber die Annahme verweigert. Die Kündigung müsse jedoch trotzdem als am 22. Juli zugangen angesehen werden. Klavier sei die im § 84 BGB vorgezeichnete fünf-tägige Frist nicht eingehalten worden, es fehle daher an einer notwendigen Prozessvoraussetzung. Den Brief nebst Umhlag vom 21. Juli 1925 hat Beklagte vorgelegt.

Kläger hat zugegeben, daß die Annahme des Briefes verweigert worden sei; dies sei in seiner Abwesenheit durch seine Ehefrau geschehen. Den Einspruch beim Arbeiterrat habe er erst am 20. August, nachdem er von der Kündigung tatsächlich Kenntnis erlangt habe, erhoben. Über die Einnahme der Beklagten ist gesondert verhandelt worden.

Ein Betriebsratsmitglied, das aus einem Grunde gekündigt worden ist, der zur fristlosen Entlassung berechtigt, kann gemäß § 98 Abs. 2 BGB gegen seine Kündigung Einspruch nach § 84 ff. erheben. Dieses Einspruchsverfahren unterliegt bestimmten Formvorschriften, deren Einhaltung von Amts wegen zu prüfen ist. Hierzu gehört die Einhaltung der vorgeschriebenen Fristen. Es war daher zu prüfen, ob der Einspruch vom 20. August rechtzeitig, das heißt innerhalb 5 Tagen nach erfolgter Kündigung erhoben war. Mit anderen Worten: ob die Kündigung bereits rechtzeitig am 22. Juli erfolgt war.

Es ist ein in der Rechtslehre und in der Rechtsprechung, insbesondere der des Reichsgerichts, allgemein anerkannter Grundsatz, daß jemand, der im Rechtsleben steht, das heißt der zu irgend jemand anderem in privatrechtlichen Beziehungen steht — wie hier der Kläger in der Beklagten infolge des bestehenden Dienstvertrags —, sich den ihm zugeordneten Willenserklärungen des anderen Teils nicht einfach dadurch entziehen kann, daß er an ihn gerichtete Briefe unangelesen zurückgibt. Ein solches Verhalten würde gegen Treu und Glauben und die im Rechtsleben herrschende Verkehrssitte verstoßen. Entzöge sich jemand in dieser Weise der Entgegennahme von Willenserklärungen, so würde er trotzdem den Inhalt derselben in gleicher Weise gegen sich gelten lassen, als wenn er von ihm Kenntnis erlangt hätte. Vergleiche auch § 162 BGB. Die Willenserklärung gilt auch in solchen Fällen als „zugegangen“ im Sinne des § 130 BGB. Vergleiche hierzu z. B. Entsch. des Reichsgerichts Bd. 58 S. 406 und Bd. 110 S. 24.

Daß im vorliegenden Falle die Verweigerung der Annahme durch die Ehefrau des Klägers erfolgt ist, macht keinen Unterschied. Wenn jeder, der, wie oben angedeutet, im Rechtsleben steht, ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß ihm auch in seiner Abwesenheit schriftliche Mitteilungen zugehen können. (Vergl. auch § 278 BGB.) Hierdurch ist die Kündigung des Klägers am 22. Juli rechtzeitig erfolgt, der Einspruch müßte verpöndel eingelegt und die Klage vor dem Arbeitsgericht infolge Fehlens einer notwendigen Prozessvoraussetzung, nämlich des vorangegangenen Schrift- und formgerechten Einspruchsverfahrens, unzulässig.

Die Klage mußte daher infestständig als unzulässig abgewiesen werden.

Die Frage der tatsächlichen Berechtigung der fristlosen Entlassung bleibt offen und kann im Wege der Schuldsache vor den ordentlichen Gerichten zur Entscheidung gebracht werden.

Nach dieser Begründung des Urteils mag die Klage als „unzulässig“ abgewiesen werden. Wie die Voraussetzung, in diesem Falle die Willenserklärung der klagenden Frau zu der Klage selbst. Nach dem letzten Absatz der Begründung ist über die Berechtigung, ob ein Grund zur fristlosen Entlassung vorlag oder nicht, der Entlassung nicht geurteilt worden. Danach steht es dem Kläger also noch frei, auf Grund der bei Begründung des Streits zwischen den Organisations getroffenem Vereinbarung, daß Klagerklagen nicht zurückzuführen sind (die hier ohne Zweifel vorliegt), vor dem ordentlichen Gericht seinen Lohn einzuklagen.

Auf jeden Fall lohnt sich Urteil, daß es keinen Zweck hat, die Annahme von eingeschriebenen Briefen zu verweigern, da es in diesem Fall besser gewesen wäre, den Brief anzunehmen und fristgemäß gleich Einspruch zu erheben.

Chorenchor. Ein schönes Konzert mit den besten Darbietungen hielt die Jubilarer einige Stunden zusammen. Im Namen der Jubilare dankte der Kollege Otto Franz für die erwiesene Aufmerksamkeit.

Braunschweig ist für die Metallarbeiterbewegung historischer Boden. Aus Urkunden ist ersichtlich, wie schon von 1686 an Versuche unternommen wurden, um einen alle Branchen der Metallarbeiter umfassenden Verband zu schaffen und dem Unternehmertum als Macht entgegenzutreten. 1874 wurde Braunschweig der Sitz der „Internationalen Metallarbeitervereinigung“, die außerordentlich rühmlich war. Nach Erlaß des Sozialistengesetzes wurde sie aufgelöst. Die Braunschweiger Klempner, Feilenhauer, Schlosser und Maschinenbauer, Schmiede, Mechaniker und Instrumentenmacher trafen trotz des Schandgesetzes nicht lange. Sie schufen sich zunächst Fachvereine, die bei der Gründung des DMB ober einige Jahre später in den letzteren aufgingen. Als Vertreter des Vorstandes ließ Alwin Brandes jene Zeit der Mühen und Opfer der dabei beteiligten Kollegen an den Mitgliedern und Angehörigen vorüberziehen, die sich zur Ehrung der 187 Jubilare zu Tausenden eingefunden hatten. Er feierte sie, die dem Verband 25 Jahre und länger die Treue gehalten, mit ihm und in ihm für den Aufstieg der Arbeiter gewirkt haben und heute mit Stolz auf das von ihnen mitgeschaffene Werk blicken können. Ein ausgemähltes, glänzend durchgeführtes Programm hielt die Besucher bis nach Mitternacht zusammen.

Die Hanauer Kollegen verbanden die Jubilare mit einer Weihnachtsfeier, die trotz der Ungunst der Verhältnisse ein glänzender Beweis für die Solidarbeit unter den Metallarbeitern wurde. 22 Jubilare waren es, die über 25 Jahre unserem Verband angehörten. Die Feier war schlicht und einfach, der Arbeitergesangverein „Vorwärts“ trug zur Hebung der Stimmung bei. Kollege Mehbein hielt die Ansprache und überreichte den Jubilaren die Urkunde und ein kleines Geschenk. Der Erfolg des Abends war gut.

Gesamtsache. Auch hier wurde eine schlichte Feier für die 5 Jubilare abgehalten. Sie gehören 25 bis 33 Jahre dem Verband an. Dem Ruf zur Feier waren viele gefolgt, denn der Saal des Gewerkschaftshauses war fast besetzt. Der Arbeitergesangverein „Vorwärts“ wirkte mit. Die Festansprache hielt Kollege Hans Gruber und er ließ seine Rede in die Richtung an die Jugend ausrichten, es in der Verbands-treue den Alten gleichzutun.

In Beselard wurde die Jubilarefeier zu einem Erlebnis für die Alten. Der Saal war festlich geschmückt, aufflammendstem Grund fanden die Wüsten von Engels, Bebel und Lassalle. Der Volkshor leitete die Feier mit einem stimmungsvollen Chor ein. Kollege Frieze ehrte die 50 Jubilare, während die eigentliche Festansprache Kollege Kempfers (Hamburg) hielt. Er fand willige Zuhörer. Ein gelungenes Programm sorgte für die Abendunterhaltung. Neu gekürt geht es nun wieder an die Arbeit für den Verband.

Dsanabrück hatte 13 Jubilare, die Kollege Haas in seiner Ansprache unter Überreichung der Urkunde ehrte. Die Festansprache hielt Kollege Spiegel, der im nächsten Jahr auf eine 25jährige Tätigkeit als Bezirksleiter zurückblicken kann. Er gedachte besonders der verstorbenen Vorläufer der Dsanabrücker Metallarbeiterbewegung. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Grons. Ein schönes Programm sorgte für Unterhaltung, und mit einem stottern Tanz, an dem sich die Alten lustig beteiligten, wurde die Feier beschlossen.

Starke Zunahme der Arbeitslosigkeit überall

In der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1925 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenversicherung von 673 315 auf 1 057 081, das heißt um rund 57 vH gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 613 712 auf 964 012, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 59 603 auf 35 019 erhöht.

Diese amtliche Mitteilung berührt nicht die sehr zahlreichen Arbeiter, die seit dem 15. Dezember erwerbslos geworden sind. Wenn man zu Neujahr die Zahl der Bollerwerbslosen auf 1 1/2 Millionen annimmt, dürfte man der Tatsache nicht ganz nahe bleiben.

In Moskau ist die Lage nicht besser zu sehen, denn dem Berliner Tageblatt wird aus Moskau geschrieben: Aus dem amtlichen Ausweis der Moskauer Arbeitsbörsen ist zu entnehmen, daß dort am 1. Oktober 135 171 Arbeitslose registriert waren. Von diesen entfallen 104 951 auf das eigentliche Stadtgebiet von Moskau und 30 210 auf die Kreise vor Moskau. Wenn man berücksichtigt, daß Moskau nur etwa den vierten Teil der Einwohner Berlins hat, so darf wohl ohne Übertreibung gesagt werden, daß die Sowjethauptstadt die meisten Arbeitslosen aller Städte der Welt hat. Aus weiteren Angaben ist zu entnehmen, daß am 1. Oktober in Moskau und in der Moskauer Kreise 49 vH Frauen, 24 vH Halbwitwen und 27,1 vH erwachsene Männer arbeitslos waren. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder der Gewerkschaften ist geradezu katastrophal; 47 vH aller Gewerkschaftsmitglieder sind erwerbslos. Unter den Arbeitslosen sind relativ am stärksten betroffen: Angestellte des Einzelhandels, Nahrungsmittel- und Textilarbeiter.

Auch in Polen nimmt die Arbeitslosigkeit zu. Nach dem neuesten amtlichen Berichte ist in der Woche vom 17. bis 24. Oktober die Zahl der Arbeitslosen von 202 560 auf 207 410 gewachsen. Rechnet man die Arbeiterentlassungen hinzu, die während der letzten zwei Wochen in zahlreichen Betrieben vorgenommen worden sind, so dürfte die Zahl der Arbeitslosen gegenwärtig 210 000 betragen.

Was alles passieren kann

In einer Hofstadt Nordwestenlands wohnt ein Schlossermeister, der seine Lehrlinge bei jeder Gelegenheit schlägt. Vor kurzem mußte der biedere Meister erfahren, daß die Schlinge nicht immer nachher, sondern auch einmal hantieren sein wollen. Als er das Recht der väterlichen Faust (laut Lehrvertrag ihm erteilt) an einem Lehrling ausübte, wurde diesem die Sache schonbar unglücklich. Er schlug wieder und traf des Meisters Auge, dessen Umgegend bald in allen Regenbogenfarben regnete. Meister und Sohn fielen über dem armen Sünder her, um die Schandtat zu rächen. Die Gezellen verhielten aber bei Nachsicht. Der Lehrling wurde mit Schimpf und Schande demontiert, hat aber eine neue Lehrstelle gefunden, wo er sich keiner Faust nicht zu wehren braucht.

Schriftenschau

Das Problem der Volkswirtschaftspolitik (VIII und 184 S.). Von Prof. Dr. Robert Wilhelm. Einführung in die Volkswirtschaftslehre Bd. IV. 508 S., 3,5 M. Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Sp. Franz Kettelbach), Stuttgart. Mit diesem Band liegt das neue Werk des bekannten Lehrgangs Volkswirtschaftlers fertig vor. Nachdem die ersten drei Bände „Die Einführung in die Volkswirtschaftslehre“, „Die Geschichte der Volkswirtschaft“ und „Die Theorie der Volkswirtschaft“ behandelt haben, ist der vierte und letzte dem Problem der Volkswirtschaftspolitik gewidmet. Er ist der wichtigste, indem er prüft und entscheidet, ob und wie die Volkswirtschaft ihre Aufgabe als betriebliche Dienstleistung erfüllen kann und wie ihr praktisches Bemühen sich zu gestalten habe.

Das Buch ist ein gutes Beispiel. Es wurde dem Arbeitsrat der Arbeiter vorgelegt. Kollege Grune hielt die Besprechung und überreichte den 23 Jubilaren die Ehrenurkunde. An der Spitze der Jubilare steht der alte Geschäftsführer Heinrich Born, der auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken kann. Die Jubilare der letzten Jubilare folgten zwischen 25 und 34 Jahren. Für die alten Meister war die Feier ein Glück.

In einem wichtigen Brief wurde die Jubilarefeier in Hamburg. Seit über 100 Jahren waren der Einladung gefolgt. Leider verhielten die Hauswirtschaftler, daß die Feste der Jubilare mit geschloffen werden konnten. Kollege Petersen hielt die Ansprache und überreichte den Jubilaren die in einer hübschen Mappe enthaltene

geschilbert, und dabei werden merkwürdige Seiten des Menschenlebens beleuchtet. Verlag F. A. Brodhaus, Leipzig.

Verlag Julius Springer, Berlin W 9, Bismarckstr. 23-24, folgende Bücher an: Der praktische Maschinenbau. Ein Lehrbuch für Lehrlinge und Gehilfen und ein Nachschlagewerk für den Maschinenbau. Herausgegeben von Dipl.-Ing. H. Winkel. Dritter Band. Maschinenlehre, Kraftmaschinen, Elektrotechnik, Werkstattfortbildung. Bearbeitet von G. Fren, W. Gruhl und R. Gähden. Mit 390 Textfiguren. Preis gebunden 12 M. — Die Blechschneidung. Eine Sammlung praktischer Erfahrungen, zusammengestellt von Johann Gschke. Mit 307 Abbildungen. Preis gebunden 2,70 M. Das wichtigste Buch für den Klempner und Schmetzblechschlosser.

Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter (Hamburg)

Eine Sitzung des erweiterten Vorstands tagte am 25. und 26. Oktober in Köln, um Stellung zu den Heilbronner Beschlüssen zu nehmen. Nachdem auf der vorigen Vorstandsitzung die Heraussetzung der Krankenunterstützung auf den zwingendsten Betrag des Wochenbeitrags erfolgt war, stand im Vorberaumte der jetzigen Beratungen die Schaffung einer höheren Beitragsklasse und das weitere Schicksal der in Heilbronner beschlossener Extrabeiträge. Der von dem Vorstande gegebene Bericht über die Erörterung der Kasse zeigte, wurde mit Befriedigung aufgenommen und beschlossen, ab 1. Januar 1926 die Erhebung der Extrabeiträge einzustellen. Der vom Vorstande vorgelegte Antrag auf Schaffung einer höheren Beitragsklasse, der auch aus Mitgliederbeitragsleistung war, wurde ebenfalls angenommen. Am 1. Januar 1926 tritt nun eine 5. Klasse mit einem Wochenbeitrag von 80 M. in Kraft. Um den Mitgliedern eine den heutigen Verhältnissen einigermaßen entsprechende Versicherung zu bieten, wurde die 80 Pfennigklasse geschaffen, die ein wöchentliches Krankengeld von 16 M. bietet. Sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse sich wieder geklärt haben, werden weitere Ausbesserungen in den Leistungen der Kasse erfolgen.

Auch bei der Sterbefasse wurden erhebliche Ausbesserungen der Sterbegelder ab 1. Januar 1926 beschlossen, und zwar in der Weise, daß nun eine progressive Steigerung der Sterbegelder von Jahr zu Jahr erfolgt. Auch hier wurden die aus den Mitgliederbeitragsleistungen gegebenen Anreize nach Möglichkeit berücksichtigt und die Sterbegelder bis zum 50fachen Betrage des Monatsbeitrages heraufgehoben.

Nachdem der Kollege Welbers sich noch eingehend über die seit der letzten Generalversammlung im Interesse der Kasse und der Mitglieder getroffenen Maßnahmen verbreitet hatte, schloß er die Sitzung mit der eindringlichen Mahnung an die Kollegen, nimmermehr in eine durchgreifende Agitation zwecks Werbung neuer Mitglieder einzutreten. Wenn auch die Arbeiterschaft harte und drückende Lagen zu tragen hat, so muß doch die Versicherung bei einer guten Zukunftsprognose zum eigenen und der Familie Wohl erfolgen.

Darum, Metallarbeiter, laßt diese Mahnung nicht ungehört verhallen und tretet in die Metallarbeiterkranken- und Sterbefasse vor der äußersten Not hinein. Der Eintritt kann jederzeit bei den örtlichen Verwaltungen erfolgen oder man wende sich an die Hauptverwaltung, Hamburg 1, Besenbinderhof 70.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 10. Jan. ist der 3. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. Januar 1926 fällig.

Am 27. Dezember 1925 (1. Woche 1926) traten die durch Vorstandsbeschluss festgesetzten Beiträge in Kraft. Dieselben betragen:

Klasse I	Klasse II	Klasse III	Klasse IV	Klasse V
100 g	75 g	50 g	25 g	10 g

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Statuts nachfolgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beitrag des Entgeltzuschusses
	I	II	III	IV	
Musbach	20	20	10	10	1. Woche
Brandenburg	20	20	15	10	L
Eintracht-Neubach	20	20	10	5	L
Essen	20	20	10	10	L
Freienheim	20	15	10	5	L
Glöhen	10	10	—	—	L
Gräfenthal	10	10	10	5	L
Herborn	20	15	10	5	L
Jena	10	10	10	5	L
Kaiserlautern	20	15	10	10	L
Karlshöhe	20	20	10	10	L
Köthen	5	5	5	—	L
Ostpreußen a. S.	15	15	10	10	L
Peine	20	15	10	5	L
Siegen	20	20	10	10	L
Stahlfurt	20	20	10	—	L
Stöckel	15	15	5	—	L

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschloffen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungstelle Detmold: Der Metallarbeiter Heinrich Meier, geb. am 10. Oktober 1906 zu Hagen, Mitgliedsbuch Nr. 5,716064, wegen Streibruch.
- Der Dreher Karl Schäfer, geb. am 28. Mai 1905 zu Detmold, Mitgliedsbuch Nr. 5,699355, wegen Streibruch.
- Der Schlosser Walter Stod, geb. am 6. Oktober 1901 zu Detmold, Mitgliedsbuch Nr. 6,059995, wegen Streibruch.
- Der Metallarbeiter Robert Behmeier, geb. am 18. Januar 1896 zu Herford, Mitgliedsbuch Nr. 5,963371, wegen Streibruch.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Nürnberg:

- Der Glaschner Franz Längle, geb. am 17. November 1904 zu Rast, Mitgliedsbuch Nr. 6,169114 wegen Streibruch.

Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

- von Feilenarbeitern nach Berlin 2;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig („The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd.“, Danziger Werft u. Eisenbahnwertstätten A.-G.); nach Detmold (Sippische Metallindustrie) W. nach Quedlinburg.
- 2. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; Et. = Streit; R. = Mahnung; W. = Währungs; A. = Ausperrung.
- Anträge auf Veränderung von Statuten müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und anschließend begründet sein.
- Arbeitsführende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erlaubnisgebung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Nachweis der Mitgliedschaft abzugeben.

Dund und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Königstr. 10